



ASITİ BARIS FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 6 • Februar / März 2002

Editorial

Am 15 Februar 1999 geriet der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, in einer überraschenden Aktion unter Mithilfe westlicher Geheimdienste in die Hände türkischer Sicherheitskräfte. Empört über die Ungeheuerlichkeit dieses völkerrechtswidrigen Vorgehens gründeten verschiedene Intellektuelle und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Initiative zur Freilassung von Abdullah Öcalan. Im März 1999 begann die Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" ihre Arbeit. Sie begreift sich als multinationale Friedensinitiative, die sich für eine zivile Lösung der kurdischen Frage und ein friedliches Zusammenleben von Türken und Kurden einsetzt. Auch nach seiner Inhaftierung gilt Abdullah Öcalan für den Großteil der kurdischen Bevölkerung als unumstrittene Führungspersönlichkeit. So erscheint die Annahme realistisch, dass die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei eng mit dem weiteren Schicksal des Kurdenführers verbunden ist. Für viele Kurden ist er der Garant eines Friedens- und Demokratisierungsprozesses. Deshalb muss auch in seinem Fall eine Perspektive absehbar und erkennbar werden, eine Perspektive, die nur im Zuge einer Lösung der kurdischen Frage in der Türkei denkbar ist.

Der Umgang mit der kurdischen studentischen Kampagne für muttersprachlichen Unterricht in der Türkei zeigt, wie schwer den herrschenden Eliten ein längst überfälliges Umdenken fällt. Dieses aber ist Voraussetzung für eine Umsetzung der "Kopenhagener Kriterien", deren Erfüllung über den Beginn der Beitrittsgespräche zur EU entscheidet. Der aktuelle Bericht des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), die zahlreichen Verhaftungen von Studenten, die das Recht auf muttersprachlichen Unterricht einfordern, und das drohende Verbot der HADEP sprechen eine gegenteilige Sprache. Die überraschend klare Aussage des zuständigen EU-Kommissars Verheugen, ohne vollständige Umsetzung der Kopenhagener Kriterien sei keine Aufnahme von Beitrittsgesprächen zu machen, ist in Ankara bei denen, die es betrifft, angekommen.. Appelle, Finanzhilfen und "kritischer Dialog" sind nicht genug für die Förderung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei. Eine direkte Förderung der demokratischen Kräfte durch ausgewogene politische Aufwertung würde den Prozess beschleunigen. Dass die Kurden für einen solchen Prozess bereit sind, hat ihre beharrliche Friedenspolitik gezeigt.

Mit diesen Themen beschäftigen wir uns auch in der vorliegenden Ausgabe, in Beiträgen von Hans Branscheidt (medico international), Karin Leukefeld, den Anwälten von Abdullah Öcalan, Klaus Hoppel und anderen....

Zuletzt noch vielen Dank den Spendern unserer Weihnachtsspendenkampagne. Spenden sind uns auch weiterhin herzlich willkommen.

Köln, im Januar 2002, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative *Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan*:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords: Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Walisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords: Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Pau Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für International Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator-Cl, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heid Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Frieden, Demokratie und eine Lösung der kurdischen Frage**

Resolution des Kurdischen Nationalkongresses in Brüssel

Seite 4**Südkurdistan - und die Zukunft der Kurden**

von Hans Branscheidt

Seite 7**Konfliktpotential Wasser**

An Euphrat und Tigris wächst die Zahl der Staudämme und Kraftwerke - zum Nachteil der Anrainerstaaten und der Umwelt

von Karin Leukefeld

Seite 9**An die Redaktion****Seite 10****Öcalan Prozeß**

Am 15. Februar jährt sich die Entführung von Abdullah Öcalan

von Aysel Tugluk

Seite 11**Sprache und Identität**

Die Kampagne kurdischer Studenten in der Türkei zum Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache

von Klaus Happel

Impressum:

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Bufe, Klaus Becher, K. Happel, Stefan Leibold

V.i.S.d.P.: Klaus D. Bufe

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind willkommen.

Stadtsparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Frieden, Demokratie und eine Lösung der kurdischen Frage

Resolution des Kurdischen Nationalkongresses

Der Kurdische Nationalkongress (KNK) veranstaltete am 13. und 14. Dezember 2001 eine Konferenz in Brüssel mit dem Titel "Frieden, Demokratie und eine Lösung der kurdischen Frage." An dieser Konferenz nahmen Vertreter vieler kurdischer Parteien und unabhängige Persönlichkeiten teil.

Wir geben die Beschlüsse des Kongresses im Folgenden wieder:

1. Die Konferenz verurteilt die Greuelthaten des 11. September in den USA. Gleichzeitig bittet sie die USA und die Vereinten Nationen und die Europäische Union, auch den systematischen Staatsterror zu verurteilen, dem das kurdische Volk seit vielen Jahren ausgesetzt ist; die Ermordung Dr. Sadik Harafkendis und seiner Kollegen in Deutschland gehört in diesen Zusammenhang.

Die Konferenz verurteilt alle Versuche, den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes als terroristisch abzustempeln und mißbilligt die Einordnung der PKK als Terrororganisation. Sie verlangt, daß die PKK von solchen Listen gestrichen wird und sofort alle Entscheidungen, die die Arbeit der PKK untersagen, aufgehoben werden.

2. Wir rufen die kurdischen Parteien auf, eine Atmosphäre zu schaffen, die den

Dialog und die Diskussion fördert, als einzigem Weg in Richtung einer dauerhaften Lösung. Die Freiheit politischer Arbeit muß respektiert werden. Eine Garantie von Frieden und Demokratie würde einer nationalen Strategie den Weg ebnen.

3. Die Konferenz verurteilt den Gebrauch von Waffen zur Lösung interner kurdischer Konflikte in allen Teilen Kurdistans, zu jeder Zeit und unter allen Umständen.

4. Die Konferenz verurteilt einmütig die Entführung des Führers der PKK, Abdullah Öcalan, und verlangt seine sofortige Freilassung.

5. Die Konferenz ruft die Regierungen der Türkei, des Irans, des Iraks und Syriens auf, die Rechte der Kurden im Rahmen der Prinzipien der Selbstbestimmung anzuerkennen.

6. Die Konferenz bittet die kurdischen politischen Parteien in allen Teilen Kurdistans, ihre Kontakte zu den Regierungen der Region nicht gegen Kurden in anderen Teilen Kurdistans zu verwenden.

7. Die Konferenz respektiert die Erfahrung von Südkurdistan und verlangt,

daß jede Anstrengung gemacht wird im Hinblick auf die Entwicklung und Wiedervereinigung der Regionalregierung von Kurdistan. Wir sollten darauf hin arbeiten, diese Erfahrung in ihren demokratischen Dimensionen zu stärken.

Wir fordern die Kräfte im Süden auf, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft weitere Anstrengungen zu unternehmen, diese Errungenschaften und Erfahrungen zu verstärken.

8. Der KNK soll in Fortführung seiner Bemühungen dafür arbeiten, daß eine weitere Konferenz zustande kommt, an der alle diejenigen politischen Parteien und Persönlichkeiten teilnehmen, die an der jetzigen Konferenz teilnehmen, sowie auch diejenigen, die an dieser laufenden Konferenz für Frieden und den Aufbau einer kurdischen nationalen Strategie nicht teilgenommen haben.

9. Die Konferenz hofft, daß der KNK seine Bemühungen, mit den politischen Parteien in Kurdistan in Kontakt zu bleiben, fortsetzt; daß er eine wirkungsvolle Rolle im Friedensprozeß in Südkurdistan spielen wird und sicherstellte, daß zwischen den Kräften des Südens und der PKK dauerhafter Frieden und Kooperation herrschen.

10. Im Hinblick auf Terrorismus verurteilt die Konferenz die sogenannte Jund-al-islam in Südkurdistan.

11. Die Konferenz glaubt, daß solange die kurdische Frage nicht gerecht, friedlich und demokratisch gelöst wird, sich die Unterdrückung der kurdischen Nation fortsetzen wird. Im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen hat das kurdische Volk daher das Recht, sich selbst mit legitimen Mittel zu verteidigen.

gen.

Unterzeichner (neben vielen anderen):

Prof. Ismet Cheriff VANLY; Präsident des Kurdistan National Kongresses (KNK) - Yasar KAYA; Expräsident des Kurdistan Parlamentes im Exil (DEP), KNK Exekutivrat - Zübeyir AYDAR; ehemaliger Abgeordneter der Demokratieteilnehmer (DEP), KNK Exekutivrat des KNK - Ali YIGIT; ehemaliger Abgeordneter der Demokratieteilnehmer (DEP), KNK Exekutivrat des KNK - Remzi KARTAL; ehemaliger Abgeordneter der Demokratieteilnehmer (DEP), KNK Exekutivrat des KNK - Nizamettin TOGUC; ehemaliger Abgeordneter der Demokratieteilnehmer (DEP), KNK Exekutivrat des KNK - Danielle MITTERRAND; Präsidentin von France Liberte - Lord QUINNAN; MSP - Lord HYLTON; Mitglied des Oberhauses - Feleknas UCA; Mitglied des Europaparlamentes - Hans BRANSCHIEDT; medico international - Dr. Mahmut OSMAN; Politiker - Adem UZUN; Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) - Prof. Esat XEYLANI; Kurdischer Nationalkongress Nordamerika - Saleh GEDO; PSKS-Generalsekretär Syrien - M. Emin PENCEWINI; Präsident des Kurdischen Instituts in Berlin - Hamd SHWAN; KKP-Irak - Sakine ZAGROS; Freie Frauen Partei (PJA) - Okkes KOLUSARI; Kurdische Kommunistische Partei (KKP-Nordkurdistan) - Fikri AHO; Beth Nahrin Assyrian-Chaeldeer - Sadik ERMIS; Islamische Bewegung von Kurdistan (HIK) - Seyidxan YILDIRIM; Kurdistan Künstler Vereinigung (YHK) - Bubo YILDIZ; Kurdistan Yezidi Union (YÊK) - Haci SOLEMAN; Syrische Kurdische Linkspartei (PCKS) - Biruske NICAR; Syrische Demokratische Kurdische Partei (PNPKS) - Hewa JAFF; Liberaldemokraten Britannien - Sorkat FATTAH; Kurdische Heilspartei (RPK) - Eqbal NURI; Vereinigung von Kurden im Exil - Nuray SEN; Föderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) - Hamdullah KANSI-

RAY; Vereinigung kurdischer Anwälte - Hikmet SERBILIND; Kurdische Islamische Partei (PIK) - Duriye EWNYY; Journalist - Mirhem YIGIT; Präsident des Kurdischen Instituts in Stockholm - Wekil MUSTAFAYEV; Expräsident von Rotes Kurdistan - Ali Haydar CILASUN; Romancier - Haydar ISIK; Romancier, Mitglied des PEN - Saman SALLI; KNC - Nordamerika - Prf. Izzedin Mustafa RESUL; Universität Suleymaniya - Prf. Dr. Salah JMOR; Universität Genf - Dr. Sirac BILGIN; Kurdischer Politiker aus Schweden - Seyit BEDIRXAN; Kurdischer Politiker aus Nordamerika - Prf. Samoel KOCOL; Director Rechtsakademie Moskau - Cahit MERVAN; Vereinigung kurdischer Journalisten - Muxire MUFTIZADE; Präsidentin der Organisation kurdischer Frauen/London - Mehdi ZANA; ehemaliger Bürgermeister von Diyarbakir - Ali YALCIN; Patriotische Union - Bekir HESEN; Demokratische Bewegung - Südkurdistan

www.freedom-for-ocalan.com/asiti

Asiti im Internet

www.freedom-for-ocalan.com/asiti

Irak, Südkurdistan - und die Zukunft der Kurden

von Hans Branscheidt

Fast jeden Tag dasselbe Ritual: Kaum wird journalistisch von jemandem die "US Intervention im Irak" als ganz sicher unmittelbar bevorstehend angesagt, der auch Gründe und sogar Belege nennt, - schon wird das Ganze von einem anderen publizistisch wieder abgesagt. Wobei es merkwürdig anmutet, daß diejenigen, die vorweg eine solche Intervention am meisten verurteilen, als jene erscheinen, die am entschlossensten auf den Vollzug des Ereignisses zu warten scheinen. Da alle sich perfekt auskennen, niemand aber etwas wirklich weiß, bleibt es dabei, daß im wesentlichen zwei Dinge namentlich im Vordergrund aller Beschäftigung stehen: "Saddam" und die "Intervention". Alle Welt redet vom "Irak", alle schauen wie gebannt auf irgendwelche obskuren Interventions-Ankündigungstermine, doch kaum jemand weiß kompetent etwas über das Land, seine Geschichte, dessen gesellschaftliche Verfassung, seinen Unterdrückungsapparat, die Lage der Kurden und anderer Gruppen. In deutscher Sprache existiert nicht einmal eine einzige Buchveröffentlichung zur Baath-Partei. Vor allem wird eine fällige Frage fast gar nicht gestellt: Was passiert danach? Was könnte das politisch-gesellschaftliche Resultat einer Intervention oder auch eines neuen Volksaufstandes sein? Welche wie gearteten internen Kräfte stehen zur Verfügung - oder nicht? Und ist ein Potential vorhanden, das Garant sein könnte für die bedeutsamste aller Hoffnungen: die auf

einen zukünftig demokratischen Irak?

Zur Geschichte eines technisierten Monstrums

Die Anschläge des 11. September haben erneut die Frage nach einer Neuordnung des Nahen Ostens aufgeworfen. Wieder ist der Irak in die Schlagzeilen gekommen, der im Zentrum der Neuordnung stehen wird. Das Regime Saddam Husseins, das seit mehr als 30 Jahren den Irak regiert, setzte systematischen Terror gegen die eigene Bevölkerung durch, mit Massenvernichtungsmitteln: chemischen Kampfstoffen gegen die Kurden im Norden, mit anderen furchtbaren Mitteln gegen die Schiiten im Süden, sowie gegen die demokratische Opposition im ganzen Land.

Saddam hatte alle diese Waffen, die biologischen und chemischen Kampfstoffe, weil alle ihm alles geliefert hatten: die USA und die Franzosen, die Westdeutschen und die frühere DDR, - die alle den Diktator als ihren guten, diskreten und zahlungsfähigen Kunden schätzten, was ihnen mühelos - den Deutschen besonders - zu übersehen ermöglichte, daß das Produktionsziel Massenmord an den Kurden ohne jede Rührung und öffentliche Anteilnahme vollstreckt werden konnte. 300 000 Kurdinnen & Kurden flohen in panischer Not im Jahre 1991 in den Iran und die Türkei, nicht weil das aktuell zum Übel allen Leids erhobene sekundäre UN-Embargo eine Rolle spielte, sondern weil sie die primäre Tatsache

eines genozidalen Regimes in Furcht und Schrecken jagte.

Das Ereignis zog immerhin die einzige demokratische Tatsache des Zweiten Golfkriegs nach sich: fast die gesamte Bevölkerung des Irak erhob sich gegen die Baath-Herrschaft des Takriti Clans Saddams, mit dem Resultat, daß kurzfristig in 14 der 17 Verwaltungsdistrikte die Regierung die Kontrolle über die Menschen verloren hatte. Dem Aufstand des irakischen Volkes wurde keine Unterstützung gewährt. Im Gegenteil: Unter den Augen der US dominierten Golfkriegs-Allianz, die zuvor die Menschen zum Sturz des Regimes aufgerufen hatte, wurde die Befreiung brutal niedergeschlagen. Seitdem hat das Regime seine Politik der blutigen Unterdrückung der Menschen des Landes fortgesetzt - und intensiviert. Die "Arabisierung" der Gebiete um Kirkuk, die forcierte Vertreibung der Kurden, zählt täglich neue nennenswerte Opfer. Die Trockenlegung der wasserreichen Marschgebiete im Süden des Irak wurde vom Regime unter äußerster Gewaltanwendung vollzogen: eine von der UNDP als eine der größten "ökologischen Katastrophen dieser Zeit" bezeichnete Aktion. Für die Gefängnisse verzeichnet der Bericht (September 2001) des Sonderrapporteurs der UN, Andreas Mavrommatis, die Tatsache fortdauernder extralegaler Massenexekutionen. Das Herausreißen der Zunge ist hier ebenso Praxis wie die ununterbrochene Ermordung von Frauen, die als "Prostituierte" zuvor noch von den Militärs des Regimes

serielle Vergewaltigung erfahren. Niemanden scheint das besonders zu stören, schon gar nicht die Folter und Inhaftierung von Tausenden Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei - was besonders verwundert, wenn altmodische deutsche Realsozialisten in Saddam so etwas wie einen "objektiven Antiimperialisten" glauben erkennen zu können. So als ob der Weg in Richtung Befreiung von Honnecker aus via Saddam Hussein zu befördern wäre.

Die Sanktionen, die Saddam stürzen sollten, wurden auf geschickte Weise gegen die eigene Bevölkerung gerichtet. Von dem Regime, das für sich und seine Zwecke das Embargo faktisch längst unterlaufen hat, und es instand setzt, die aus illegalen Erdöltransfers und dem Schmuggel über die längst weit geöffneten Grenzen Türkei, Jordanien, Syrien und Iran gewonnenen Mittel erneut in den Dienst der Wiederaufrüstung des monströsen technisierten Unterdrückungsapparates zu stellen.

Perspektiven für einen demokratischen Irak

Wenn aktuell wieder der Irak als Schlüssel zur Neuordnung des Nahen Ostens behandelt wird, so wird dieser Weg und eine solche Ordnung nur dann erfolgreich sein, wenn sie den genuinen Interessen der Bevölkerung entspricht. Einer Bevölkerung, die selber nicht sprechen kann, weil jede freie Meinungsäußerung, jede Baath-unabhängige politische Stimme und Gruppierung der sofortigen strikten Verfolgung ausgesetzt ist. Die sich höchstens fragmentarisch interpretiert weiß über ihre exilierten Vertretungen. - Gerade das Lehrstück Irak beweist, daß nicht die strategische Intervention und schon gar nicht die unsittlichen Aufrufe deutscher Realsozialisten, - dem Regime wieder die volle internationale Anerkennung zu gewähren, - zu einer demokratischen Lösung führen kann,

sondern nur die politische Neuordnung des Landes im Einklang mit allen Menschen und gesellschaftlichen wie politischen Gruppierungen des Irak. Zur längst vorhanden demokratischen Opposition des Irak, innerhalb wie außerhalb des "Iraqi National Congress" (INC), gehören als die besonders Betroffenen die Kur-

von der bis jetzt ausgesprochenen Garantie der Alliierten, also der USA. Jede Gemüseverkäuferin im Bazar von Sulaimania weiß und sagt das - unabhängig von allen Fehlern, Fragwürdigkeiten und Zumutungen einer amerikanischen Nahost-Politik. Hätten die USA ihre Schutzzusage storniert, Saddam wäre längst wie-



Zeichnung: Klaus Becher

den. Für sie geht es nicht in erster Linie um das Datum "Intervention", sondern um die Frage, was geschieht danach? Was kommt nach Saddam? Vor allem: Was wird aus jener schüchternen, aber historisch hochbedeutsamen Tatsache ihrer international noch ungesicherten faktischen Autonomie im Irak (Südkurdistan)? Diese erste, einzige Form kurdischer Selbstverwaltung war und ist abhängig

der auch Diktator in Südkurdistan - und genau das will dort keiner. Jede "interne" Iraklösung, zu der deutsche Realsozialisten die Kurden aufrufen, beliefe sich auf den freiwilligen Verzicht des nach Not, Tod und Kampf im Jahre 1991 mühsam erreichten Zustands, - und es ist blanker Zynismus oder bare Dummheit, ausgerechnet den Kurden zuzumuten, irgendeiner Zusage Saddams je wieder zu trauen: der noch jedes vertragliche Verspre-

chen auf Respekt gegenüber Menschenrechten und Minderheiten hohnlächelnd am Ende grausam wieder kassiert hat. Die Verteidigung der südkurdischen Realität im Nordirak (so auch die Resolution des Kurdischen Nationalkongresses, Brüssel 2001) muß daher heute im Zentrum aller Bemühungen und äußersten Kraftanstrengung stehen: und man ist gut beraten, sich dabei nach Möglichkeit auf internationale Kräfte zu beziehen, die als einzige zur Verfügung stehen und vor allem auch in der Lage sind, den kurdischen Status zu sichern. Die regionale Autonomie der Kurden auch in einem Irak nach der Ära Saddam Husseins nützt, gilt und muß weiterhin allen Kurdinnen und Kurden der Länder des Nahen Ostens als sicherer Hafen zur Verfügung stehen. Schon seit 1991 zehrten die meisten der kurdischen - aber auch die Parteien und Gruppierungen der irakischen Opposition - von der unverzichtbaren Möglichkeit, ihre Büros und ihre Logistik im "freien Kurdistan" etablieren zu können.

Nach Saddam

Was aber geschieht nun im Falle der hypnotisch anvisierten US-Intervention? Diese ist denkbar, keinesfalls aber sicher. Der "US-Imperialismus", um ein fundamentales Mißverständnis mancher "Antiimperialisten" auszuräumen, handelt (gerade im Nahen Osten) nicht nach klaren, unumstößlichen und terminierten Planungen, sondern richtet sein Handeln eher nach kybernetischen Modelloptionen aus, verfolgt gleichzeitig stets mehrere optionale Szenarien, ohne sich selber an deren sklavischen Vollzug zu binden. Käme es aber zu einer Intervention, dann wären die Tage Saddams gezählt. Zwei alte Partner aus den Tagen von Bush senior gerieten einander auf der Höhe von Bush junior in die Haare. Die USA wären damit weder aus Kritik, Schuld und Beihilfevorwurf entlassen.

Der künftige Verzicht auf das Baath-Regime käme allerdings für den Nahen Osten einer emanzipatorischen Tatsache gleich. (Auch im Sinne der Interessen der Palästinenser, die noch nie etwas vom bloß rhetorisch beschworenen "arabischen Nationalismus" hatten). Für den neuen Irak wäre keine US-abhängige Regierungskonstellation in Sicht. Deren Zusammensetzung in einem intakten, aber föderierten Irak, würde notwendig resultieren aus den Kurden, den Schiiten, der KP und den linken und demokratischen Kräften des Landes. Kein Petersberg, kein Afghanistan ist hier in Sicht. Gerade die Beteiligung der schiitischen Mehrheitsbevölkerung an der perspektivischen Machtkonstellation, - seit 1991 von den USA strikt abgelehnt, und nun jedoch unter dem Druck, etwas gegen Saddam unternemen zu müssen, erstmals akzeptiert, - würde eher eine Tendenz Richtung Teheran bedeuten, keine en route Washington. Eine neue, aus den einzig gesellschaftlich verfügbaren Potenzen arrangierte Regierung in Bagdad könnte eine Erleichterung der Bemühungen aller demokratischen Initiativen für die Region bedeuten, deren Bestrebungen bekanntlich auf eine föderative Lösung der Nahost-Probleme gerichtet sind. Auf der Basis einer neuen Verfassung, die gleichberechtigte, parlamentarisch verankerte Existenz aller Gruppen und Fraktionen des Irak garantiert, und Menschenrechte, Minderheitenschutz, Religion und Gedankenfreiheit postuliert: in dem einen, föderativ gegliederten Irak. Und die Türkei? Wird sie im Interventionsfall durch die USA nicht Truppen nach Südkurdistan entsenden? - Die hat sie dort jetzt schon und das seit langem. Ihre Grenze ausdehnen, den Nordirak annektieren, das werden Amerikaner, Europäer und Araber ihr nicht gestatten. Nein, erst recht in einem neuen Irak wird dessen internationaler Status stabil definiert und fundiert werden müssen, - erst dadurch ergibt sich ein wirkungsvolleres

Argument als je zuvor gegen jede weitere direkte türkische Intervention. Darauf aufbauend ergeben sich Perspektiven für alle Kurden in allen Anrainerstaaten der Region, ihrerseits die Einlösung historisch überfälliger Forderungen auf die Gewährung eigener Rechte und Sicherheiten zu stellen. Es ist dies genau das, was Ankara so sehr befürchtet. Tatsächlich liegt der Schlüssel zur Lösung der Probleme des Nahen Ostens in der Durchsetzung der Demokratie im Irak. Mit Saddam Hussein ist das unmöglich. Ohne ihn werden auch die Kurden besser da stehen als heute. Abdullah Öcalan hat neulich wohl nicht ohne Grund von Imrali aus "auch die Demokratisierung des Irak" gefordert. Die deutsche Besorgnis vor einer Intervention sollte sich produktiveren Tätigkeiten entschlossen zuwenden: Noch immer ist Halabja ungesühnt, von Wiedergutmachung durch die Bundesregierung keine Rede. Hier setzt auch das kurdische historische Bewußtsein an, am Ereignis und Zeitpunkt seiner schlimmsten genozidalen Erniedrigung, ausgeübt von Saddam Hussein, dem nicht einmal vor den Amerikanern zu schützenden Kriegsverbrecher.

Konfliktpotential Wasser

An Euphrat und Tigris wächst die Zahl der Staudämme und Kraftwerke - zum Nachteil der Anrainerstaaten und der Umwelt

von Karin Leukefeld

"Die Türkei ist mit Sicherheit kein wasserreiches Land, also müssen wir jeden Tropfen Wasser speichern." Das verkündete im November letzten Jahres der Chef der Staatlichen Wasserwirtschaftsbehörde (DSI), Mumtaz Turfan bei der Einweihung eines Wasserversorgungsprojekts im Touristenort Bodrum/Westtürkei. Während der letzten 4 Jahre habe die Türkei unter einer großen Dürre gelitten, also erwarte man, statistisch gesehen, wieder mehr Regen im kommenden Jahr. Die Wassersituation in der Türkei sei zwar besser als in Syrien, gab Turfan zu, doch schlechter als im Irak. Die Türkei brauche 450 neue Staudämme, wofür in den nächsten 30 Jahren ein jährliches Gesamtinvestitionsvolumen von 2 Milliarden Dollar benötigt werde.

Der ungebremste Wille der türkischen Behörden, immer weiter neue Staudämme zu bauen, sorgt bereits jetzt für regionalen Konfliktstoff. Das gigantische Südostanatolien-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi, GAP) hat schon heute mehr als 30 mal die natürlichen Wasserträger des Mittleren Ostens, Euphrat und Tigris, gestaut. Zusätzlich zu der ungewöhnlich langen Trockenphase in den letzten 5 Jahren, unter der die gesamte Region leidet, hat die Wasserstauung der Türkei das kostbare Nass der beiden Flüsse für die südlichen Anrainerstaaten, Syrien und Irak, drastisch verringert.

Eine der Folgen ist im ehemals fruchtbaren Flussdelta des Schatt-Al-Arab am Persischen Golf, dem "Fruchtbaren Halbmond", zu beobachten. Die Situation des Irak, der seit mehr als 11 Jahren einem umfassenden UN-Embargo unterworfen ist, hat in den vergangenen Jahren eine ständige Beobachtung der Entwicklung vor Ort unmöglich gemacht. Doch ist den örtlichen Wasserbehörden die massive Veränderung nicht entgangen. Wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNEP, im Mai 2001 mitteilte, konnten mit Hilfe eines neuen, von den USA mit 20 Millionen Dollar gesponserten Satelliten, zum ersten Mal wissenschaftliche Luftaufnahmen der Region gemacht werden. Diese belegen das Ausmaß der Vertrocknung des "Mesopotamischen Marschlandes", was von UNEP-Experten mit der dramatischen Verlandung des Aral-Sees verglichen wird. Euphrat und Tigris führen heute im Unterlauf bis zu 50% weniger Wasser. Regelmäßige Überflutungen, notwendig für das ökologische Gleichgewicht gibt es fast nicht mehr im Flussdelta. Dazu haben auch die umfassenden Baumassnahmen des Irak in den 80er Jahren beigetragen, große Flächen der Sümpfe wurden versiegelt. Die Flüsse verlanden zusätzlich aufgrund industrieller Landwirtschaft und der dafür erforderlichen Bewässerung am oberen Flusslauf, denn das Wasser, das aus diesen Projekten in die Flussbetten zurückfließt, ist stark versalzen.

Der UNEP-Bericht macht besonders die großen Staudämme des GAP-Projektes für die schlimme Austrocknung des "Fruchtbaren Halbmonds" verantwortlich. Allein die Kapazitäten der türkischen Stauseen entlang des Euphrat reichen für eine fünfmal so große Wassermenge, wie pro Jahr den Fluß hinabfließt. Kein Wunder also, dass das nahezu 50 Jahre alte Südostanatolien Projekt (GAP), sowohl innen- als auch außenpolitisch für Streit sorgt. Die Weltbank hat die Finanzierung weiterer Staudämme im GAP gestoppt, weil die türkische Regierung sich hartnäckig weigert, internationale Abkommen zur Wasserverteilung zu unterzeichnen.

Erfolgreiche Proteste

GAP ist ein gigantischer agroindustrieller Komplex mit Dutzenden von Staudämmen, Wassertunneln, Stauseen und Kraftwerken und soll, so die Vision der türkischen Planer, nach Fertigstellung die Märkte des Mittleren Ostens mit Lebensmitteln versorgen. Das Projekt liegt in den kurdischen Gebieten der südöstlichen Türkei, dem Quellgebiet von Euphrat und Tigris. Mit der Flutung der Stauseen werden nicht nur viele kurdische Dörfer sondern auch historisch wertvolle Stätten überflutet. Archäologen versuchten in buchstäblich letzter Sekunde noch wertvolle Mosaike aus dem 3. - 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zu ret-

ten, während vor knapp zwei Jahren der Birecik-Stausee nordöstlich von Urfa bereits geflutet wurde. Zehntausende Menschen haben auf diese Weise in den letzten Jahren ihre Heimat verloren. Die wenigsten von ihnen erhielten eine Entschädigung oder angemessene neue Wohnungen. Die Menschen, fast alles Bauern, verloren ihre Existenzgrundlage. Heute leben sie als Flüchtlinge in den Randgebieten der Großstädte Urfa oder Adana, wo sie sich Arbeit erhoffen. Oder sie ziehen als Wanderarbeiter in den Westen der Türkei, wo sie sich als Erntearbeiter verdingen. In den landwirtschaftlichen Großprojekten und den industriellen Freihandelszonen bei Urfa und Gaziantep hingegen werden als Billiglohnkräfte viele kurdische Binnenflüchtlinge aus den türkisch-iranisch-irakischen Grenzgebieten beschäftigt.

Doch Mitte November des vergangenen Jahres konnten europäische und türkisch-kurdische Naturschutz- und Menschenrechtsorganisationen einen Erfolg verbuchen. Der geplante Ilisu-Staudamm bei der historischen Stadt Hasankeyf, rund 80 km nördlich der syrisch-türkischen Grenze, wird auf absehbare Zeit nicht gebaut. Das Projekt hatte in der Türkei und Europa für große Proteste gesorgt. Ein Konsortium aus 8 internationalen Bau-, Elektro- und Wasserwirtschaftskonzernen wollte den Damm für 2 Milliarden US-Dollar bauen. Zehntausenden von Kurden drohte die Zwangsumsiedlung. 82 Dörfer und fruchtbares Ackerland in einem kulturhistorisch weitgehend noch unerforschten Gebiet wären für immer in einem riesigen Stausee von 300 km² Fläche verschwunden. Die ohnehin knappe Wasserdurchflussmenge des Tigris für Syrien und den Irak hätte sich weiter verringert.

Nach der schwedischen Firma Skanska im September 2000 hat sich jetzt auch die britische Balfour Beatty sowie ein ita-

lienischer Geldgeber aus dem Projekt zurückgezogen. Damit ist die Finanzierung nicht einmal mehr zu 50% gesichert. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auf die engagierte Arbeit von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zurückzuführen, die europaweit für ihre Kampagne "Let's Save Hasankeyf" prominente Abgeordnete, Schriftsteller und Künstler gewinnen konnten.

Die Untersuchung einer unabhängigen Expertenkommission hatte das Blatt schließlich gewendet. Sie war zu dem Schluss gekommen, dass der Bau des Staudamms unter ethisch-sozialen, ökologischen und politischen Aspekten nicht haltbar sei. Die deutsche Bundesregierung hingegen, gerade mit der großzügigen vom Kanzler gestatteten Kredite für ein heftig umstrittenes Staudammprojekt in Indien international in die Kritik geraten, ist noch unentschieden, ob an die Firma Sulzer die Hermes-Kredite für die Beteiligung am Bau des Ilisu-Damms ausgezahlt werden sollen. Für April wird eine Entscheidung erwartet.

Energie für die Türkei, den Nachbarländern droht Dürre...

Die Türkei weigert sich hartnäckig, die Folgen ihrer rücksichtslosen Wasserpolitik mit dem GAP-Projekt für die Nachbarländer Syrien und Irak wahrzunehmen. Syrien und Irak hingegen haben großen Gesprächsbedarf und schickten daher im November 2001 eine Einladung zu neuen Gesprächen des trilateralen Wasserkomitees nach Ankara. Unterzeichnet war das Schreiben von den zuständigen Ministern Syriens, Abdul Rahman Al-Madani, und des Irak, Mahmoud Ziab Al-Ahmad. In dem türkisch-syrisch-irakischen Wasserkomitee werden seit 1985 Fragen der gemeinsamen Wassernutzung aus Euphrat und Tigris besprochen.

Für Syrien und den Irak, beide an den unteren Flussläufen gelegen, ist vor allem eine Einigung über die Nutzung des Euphratwassers wichtig.

Die südlichen Anrainerstaaten von Euphrat und Tigris, Syrien und der Irak, erhalten durch die Flutung der großen Stauseen weniger Durchlaufwasser als vereinbart. Die letzte Vereinbarung wurde vor mehr als 15 Jahren getroffen, als sich die Türkei verpflichtete, 500 Kubikmeter Wasser pro Sekunde an Syrien abzugeben. Syrien wiederum sollte 58% dieser Wassermenge an den Irak weiterleiten. Die großen Staudammprojekte haben dazu geführt, dass die vereinbarte Durchflussmenge fast nie eingehalten wurde. Dazu kam ein langjähriger Konflikt zwischen der Türkei und Syrien um den Aufenthalt der kurdischen Arbeiterpartei, PKK, und deren Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, in Damaskus.

Nach dessen Vertreibung im Oktober 1998 - zuvor hatte die PKK ihren 3. einseitigen Waffenstillstand verkündet und zum Schein signalisierte die Türkei über Mittelsmänner Gesprächsbereitschaft - wurde zwar ein bilaterales Sicherheitsabkommen zwischen Ankara und Damaskus abgeschlossen, doch in der Wasserfrage tat sich nichts. Im Gegenteil. Die Türkei drosselte im Jahr 2000 mehrmals den Wasserdurchfluss auf weniger als 75 Kubikmeter pro Sekunde. Sie begründete das mit der großen Trockenheit - unter der tatsächlich die gesamte Region und nicht nur die Türkei seit Jahren schon zu leiden hat.

Zwar habe sich das Problem mit der Wasserdurchflussmenge inzwischen wieder gelegt, so Abdulaziz al-Masri vom syrischen Bewässerungsministerium gegenüber der Nachrichtenagentur IPS, doch weigert die Türkei sich hartnäckig, eine dem internationalen Recht entsprechende Verpflichtungserklärung zu unter-

zeichnen. Schon der frühere türkische Staatspräsident Demirel hatte Anfang der 90er Jahre erklärt, so, wie manche Staaten über Öl als nationale Ressource verfügten, verfüge die Türkei über die nationale Ressource Wasser. Mit dem Südostanatolien Projekt (GAP) sollen entlang des Euphrat insgesamt 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke entstehen. Der Atatürk-Stausee nördlich von Urfa bedeckt bereits jetzt eine Fläche von 816 Quadratkilometern. Das Wasser wird vor allem in die an Syrien grenzende Harran-Ebene geleitet und dient der industriellen Landwirtschaft. Gemüse und Obst, vor allem aber drei Baumwollarten können dort pro Jahr eingefahren werden. Syrien klagt, dass die Strömungsgeschwindigkeit des Euphrat sich durch dieses Monsterprojekt um 35% verringert habe. Der Wasserbedarf aber steigt. Wie der US-amerikanische Wasserexperte Paul Simon IPS gegenüber sagte, gibt es heute noch 3.340 Kubikmeter Wasser pro Jahr und Person in der Region.

Im Jahre 2025 hingegen werden nur noch 667 Kubikmeter zur Verfügung stehen. Zusätzlich zum Kampf um die Ölressourcen wird der Kampf um das Wasser im Mittleren Osten an Bedeutung gewinnen.

Die Türkei legt mit ihrer nur auf die nationalen Interessen bedachten Wasserpolitik die Lunte an ein Pulverfass.

Neue Konflikte sind vorprogrammiert.

An die Redaktion *(gekürzt)*

Die Analysen, die Dokumente und Reiseberichte [in Asiti] sind einfach wichtig für die Meinungsbildung und hoffentlich auch für notwendige politische Entscheidungen. Ich selbst kann keine neueren Erkenntnisse über die Situation in der Türkei oder gar in Kurdistan beibringen, denn mein letzter Besuch dort liegt zwei Jahre zurück.

Vielleicht interessiert Sie aber meine Sicht als Verwaltungschef eines Landkreises, zu dessen Aufgaben auch die einer unteren Ausländerbehörde gehört. [...]

Ich arbeite seit den 70er Jahren mit Flüchtlingen, zuerst mit Flüchtlingen aus Chile, dann mit solchen aus Eritrea und aus Kurdistan. Ich war mehrmals in der Türkei und lernte viele Kurden kennen, solche, die nicht verfolgt waren, weil sie den Preis der völligen Verleugnung ihrer kulturellen und politischen Identität freiwillig oder gezwungenermaßen zahlten oder eben nicht und dafür mit Benachteiligungen, Bedrohungen und Gefängnis bestraft wurden.

Deshalb ist die Konstruktion der innerstaatlichen Fluchtalternative so schillernd, weil sie unterstellt, dass der Preis der Aufgabe von bestimmten Menschenrechten, nämlich zu seiner Herkunft, seiner Sprache, seiner Kultur und Tradition zu stehen, zumutbar ist. Auch die Behauptung, Abschiebungen seien vertretbar, weil ja - bis auf einige uns bekannt gewordene und dann auch eingestandene Fälle - keine Sanktionen oder gar Folterungen an Rückkehrern zu verzeichnen seien, zeigt nicht die Wirklichkeit.

Ich habe direkt gesehen, was Abschiebung bedeutet. Abschieben bedeutet zumeist nicht die Rückführung in die kurdische Heimat. Hunderte von Dörfern sind - auch von der türkischen Regierung nicht mehr geleugnet - zerstört. So führt der Weg der Abgeschobenen meist in die Slums der westtürkischen Großstädte.

Jeder, der will, kann sehen, wie sich die armseligen Hütten rund um Istanbul ausbreiten.

Jeder, der will, kann sehen, dass in den Slums Recht, Gesetz, Schutz, Fürsorge, ja einfachste kommunale Dienstleistungen nicht vorhanden sind.

Jeder, der es will, kann die Kinder sehen, die in den Strassen Istanbuls um ihr Überleben kämpfen.

Jeder, der es will, kann sehen, mit welcher Brutalität und hohem Aufwand an Einschüchterungspotential die Polizei kleine Demonstrationen von kurdischen Frauen bedrängt.

Jeder, der es will, kann sehen, wie die Arbeit des IHD behindert wird.

Für jeden, der das Ausländergesetz umsetzen muss, werden die Konflikte spürbar. Sicher gibt es außenpolitische Rahmenbedingungen, die Regierungen zu beachten haben. Das gilt ja ganz besonders für den Nato-partner Türkei. Sicher gibt es Grenzen dafür, wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber unsere Gesellschaft integrieren kann. Und es gibt Grenzen, von uns aus die wirtschaftliche Not in anderen Teilen der Welt zu lindern. [...]

Wir müssen der Türkei den Weg in die EU ebnen, aber sie muss dafür zahlen, nämlich mit der Anerkennung von Menschenrechten, der friedlichen Lösung der Kurdenfrage, der Anerkennung einer kurdischen Identität, der wirtschaftliche Entwicklung Kurdistans. Manchmal gibt es Hoffnung durch Erklärungen der Regierungen und durch die vom türkischen Parlament verabschiedeten Verfassungsänderungen. Aber es gibt auch laufend Rückschläge. Deshalb muss die Arbeit für unsere kurdischen Freunde, die mit demokratischen Mitteln ihre Rechte einfordern, weitergehen.

Walter Theuerkauf,
Oberkreisdirektor Kreis Aurich

Öcalan Prozeß

Am 15. Februar jährt sich die Entführung von Abdullah Öcalan

von Aysel Tugluk

Am 15. Februar jährt sich die Entführung Abdullah Öcalans aus Kenia. Er ist noch immer auf Imrali im Marmarameer in Einzelhaft, noch immer droht ihm die Vollstreckung des Todesurteils, das der türkische Staatssicherheitsgerichtshof gegen ihn verhängt hat. Seine Beschwerde gegen dieses Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ist noch längst nicht entschieden. Nicht einmal die weiteren Termine sind klar.

"Das Gericht berät derzeit über die nächsten Schritte. Möglicherweise wird es zu einer Beweisaufnahme auch durch Befragung des Beschwerdeführers, Abdullah Öcalan, kommen und zu weiteren Anhörungen in Straßburg. Einen Termin, wann das Gericht über die nächsten Schritte entscheidet, haben wir noch nicht erhalten. Das gesamte Verfahren konzentriert sich auf die systematische Diskriminierung der Kurden, die Todesstrafe, das Fehlen fairer Verfahren in der Türkei und die illegale Entführung des Beschwerdeführers. Hinzu kommen große Probleme hinsichtlich der heimischen Rechtsmittel."

Soweit Timothy Otty zum gegenwärtigen Stand des Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Otty, Anwalt bei einer großen Londoner Sozietät und auch Berater des Kurdischen Menschenrechtsprojektes in London, gehört einem Team internationaler Anwälte an, das die Beschwerde Abdullah Öcalans vor dem Europäischen Gerichtshof vertritt.

Juristisch gesehen wirft das Menschen-



Der Gefängnishof auf Imrali

rechtsverfahren Abdullah Öcalans vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wichtige prinzipielle Fragen auf wie die der Legitimität von Todesstrafe, Grundrichtlinien eines fairen Verfahrens und der Auslieferung oder Abschiebung von mutmaßlichen Straftätern. Alle diese drei Komplexe beschäftigen europäische Politik und europäisches Recht schon seit langem und ihre Beantwortung durch das Gericht ist auch unabhängig von der Person Öcalans und der kurdischen Frage für die Qualität europäischen Menschenrechtes entscheidend. Konkret gesehen haben wir als Anwältinnen und Anwälte Abdullah Öcalans die Legitimität von Todesstrafe in einem Mitgliedsland des Europarates angefochten, die Rechtsverletzungen im Zuge und in Folge seiner rechtswidrigen Entführung aus Kenia herausgestellt und drittens die Behauptungen, Herr Öcalan habe vor

dem türkischen Staatssicherheitsgericht ein faires Verfahren genossen, rundweg zurückgewiesen. Diese drei Themenfelder von Rechtsverletzungen sind miteinander eng verbunden. Ebenso weisen sie gerade in ihrer Verschränktheit auf ein viertes: Die Diskriminierung, die unter Artikel 14 der Konvention untersagt ist. In diesem Sinne betonen wir, dass Herr Öcalan der Begründer und Anführer einer Bewegung ist, die für die volle Gewährung kultureller und politischer Rechte der Kurden kämpft, eines Volkes, das allein in der Türkei eine Minderheit von über 20% der Gesamtbevölkerung darstellt. Es hat sich gezeigt, dass dieses Verfahren auch ihr Verfahren ist.

Die Entführung Öcalans geht bekanntermaßen auf ein Komplott zurück, in dessen Verlaufe Italien und mehrere weitere Mitgliedsstaaten der EU den

Antragssteller seines Anspruches auf politischen Schutz beraubten und somit entscheidend zur Verletzung seiner Rechte unter Artikel 5, §1 der Konvention beitragen. War es unmöglich gewesen, ihn auf rechtlchem Wege aus der EU an die Türkei auszuliefern, da ihm dort die Todesstrafe drohte, so gelang seine Entführung nur dadurch, dass es der Türkei auch unter Mitwirkung mehrerer europäischer Staaten ermöglicht wurde, ihn zu fassen, nachdem er aus Europa herausgelotst wurde. Entscheidend war hierbei neben dem Verhalten Italiens vor allem das Verhalten Griechenlands und der USA. Der Plan, Öcalan nach Kenia zu verbringen, stellte nur den Höhepunkt eines langen Prozesses dar.

Abdullah Öcalan hatte in Italien einen Antrag auf politisches Asyl gestellt, wurde aber unter politischen Druck gesetzt, dieses Land zu verlassen. Andere Länder verhielten sich ähnlich. Herr Öcalan war also nicht auf der Flucht vor der Justiz. Es war nach europäischem Recht völlig legitim für ihn, seinen Anspruch auf Schutz vor rechtswidriger Behandlung in der Türkei geltend zu machen. Darüber hinaus hatte er sich bereit erklärt, sich als PKK-Vorsitzender einem internationalen Tribunal zu stellen. Hätte er Zeit seines Asylverfahrens in Italien bleiben können, so wäre ihm dort politisches Asyl zugesprochen worden, wie sich im Nachhinein herausstellte. Unter dem Versprechen, ihm behilflich zu sein, lotste Griechenland Herrn Öcalan aus Europa heraus nach Kenia. Auch Griechenland lehnte es ab, einen Asylantrag Herrn Öcalans an den griechischen Botschafter in Kenia überhaupt nur zu bearbeiten und bereitete so den Boden für seine Betäubung und Entführung durch Unbekannte, die ihn an türkische Sicherheitskräfte in Nairobi auslieferten. Deutlich ist, dass dabei die kenianische Regierung keine offizielle Rolle gespielt hat. Das Verhalten türkischer und anderer Sicherheitsdienste auf kenianischem Boden ist somit also ein-



Imrali: Besuchsraum für die Anwälte

deutig völkerrechtswidrig. Nach kenianischem Recht hätte Herr Öcalan Rechtsmittel gegen seine Ausweisung einlegen und Schutz unter der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 einklagen können. Die türkischen Vorwürfe des 'Separatismus' stellen in diesem Sinne keine Straftat dar, für die eine Ausweisung verfügt werden kann. Öcalan hätte im Falle eines rechtmäßigen Verfahrens in Kenia entweder dort verbleiben oder in ein Land seiner Wahl ausreisen können. Diese gesamte Kette von Ereignissen von der Ausweisung Öcalans aus Syrien bis zu seiner Entführung aus Kenia in die Türkei ist daher im Rahmen der Behandlung der eingangs erwähnten rechtlichen Fragen vom Gerichtshof auszuleuchten. Insbesondere muss nach unserer Auffassung der Antragssteller selbst, Herr Öcalan, die Gelegenheit bekommen, vor Gericht als Hauptzeuge über diese Ereignisse auszusagen. Die Türkei rechtfertigt auch weiterhin alle Rechtsverletzungen mit einem Verweis auf die Notwendigkeit der Bekämpfung von Terrorismus. Von unserer Seite wird hingegen betont, dass der Begriff des Terrorismus weder auf Herrn Öcalan

noch auf seine Organisation anwendbar ist, dass es sich vielmehr um ein legitimes Einfordern grundlegender Rechte und Freiheiten für die Kurden gegenüber der türkischen Verleugnungspolitik handelt. Da die von uns aufgestellte Behauptung der Rechtswidrigkeit der Entführung auf konkreten Fakten beruht, müssen diese Fakten durch den Europäischen Gerichtshof einzeln geprüft und die Menschenrechtsverletzungen, die sowohl im Verlaufe der Entführung als auch dem des erst durch sie möglich gewordenen Gerichtsverfahrens in der Türkei aufgetreten sind, sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit aufgezeigt werden. Nicht zuletzt dadurch, dass das vorliegende Menschenrechtsverfahren ein eminent politisches ist, das Millionen von Menschen unmittelbar interessiert, würde es unserer Meinung nach erhebliche Zweifel an der Qualität und Legitimität der europäischen Gerichtsbarkeit selbst aufwerfen, sollten die erwähnten Rechtswidrigkeiten von einer Institution internationalen Rechtes mit solch herausragender Autorität nicht klar als solche erkannt werden.

Sprache und Identität

Anmerkungen zur Kampagne kurdischer Studierender in der Türkei

von Klaus Happel

Im Dezember 2001 hat in der Türkei eine friedliche Kampagne von kurdischen Studenten und Schülern begonnen mit dem Ziel, ihre Muttersprache an Universitäten und Schulen als Wahlfach einzuführen. Seitdem steigt die Zahl der Anträge auf Kurdisch als Unterrichtsfach an öffentlichen Schulen täglich.

Die Behörden reagieren repressiv. Antragsteller werden verhaftet. Der Wunsch der Menschen nach Unterricht in ihrer Muttersprache wird von der regierenden politischen Kaste diffamiert, die Menschen werden des Separatismus, ja Terrorismus geziehen. Der unitäre Staat scheint in Gefahr, das heilige Werk des großen Mustafa Kemal, der keine Kurden kannte und kennt, nicht einmal auf deren eigenem überlieferten Land, der Staat, der alle zu Türken macht.

Und in der Tat, dieser Staat ist in Gefahr. Er ist in Gefahr, weil er den Menschen nicht die Freiheit läßt, ihre Sprache zu pflegen und zu entwickeln, ihre Identität in einer sich rasch ändernden Welt zu definieren, und innerhalb des wenigen an eigener Kultur, was in einer solchen Welt noch bewahrt werden kann, einen eigenen, unverwechselbaren Ausdruck dafür zu finden und mitzuteilen.

Sprache ist das Mittel, mit dem wir unser Verständnis, unsere Sicht der Umwelt, unser Verhältnis zur Welt kommunizieren; aus der Unterschiedlichkeit und Variabilität dieser Kommunikation wächst ein großer Teil unser Individualität und Identität. Die gemeinsame Sprache wiederum ist gemeinschaftsbildend, sie stiftet einen Teil der Identität des Volkes.

Die Weigerung der türkischen Behörden, muttersprachlichen Unterricht an Universitäten und Schulen einzuführen ist demnach gleichbedeutend mit der Weigerung,

eine kurdische Identität anzuerkennen. Dies wiegt um so schwerer, als es sich um eine kurdische Identität in Kurdistan handelt, einem Land, das zwar als Staat nicht existiert, aber als sprachlicher und kultureller Raum den Kurden schon lange vor dem Erscheinen der Türken Heimat war. An dieser Weigerung, wenn sie denn fortgesetzt wird, wenn auf berechtigtes Begehren, vorgebracht mit friedlichen legalen Mitteln, nurmehr Repression folgt, daran wird der Staat zerbrechen. Er muß die ethnischen und religiösen Identitäten seiner Bürger anerkennen und ihnen Gelegenheit geben, diese zu bewahren und auszudrücken. Eine solche Anerkennung liegt in seinem ureigenen Interesse, wenn er seinen Fortbestand sichern will.

Die Sorge um den Zusammenhalt des Staates muß ihren Ausdruck finden in der Frage, was können wir für unsere Bürger tun, damit sie in unserem Land leben wollen; was können wir tun, damit die Bürger sich als eine Gesellschaft empfinden, die sich durch Gemeinsamkeiten definiert, damit sie den Staat als ein Gemeinwesen empfinden, das ihnen dient und sie schützt?

Wer sich frei fühlt, wem man seine Identität läßt, wen man in seinem Glauben respektiert, oder auch in seinem Nicht-Glauben, der hat keinen Grund zu rebellieren.

Europa, das selbst ein multi-nationales Gebilde ist, eine Vielvölkergemeinschaft unterschiedlichster Interessen, dieses Europa, in dem die Völker gelernt haben, sich in ihrer Andersartigkeit und Verschiedenheit zu achten, darf bei diesem Prozeß der Identitätsfindung in der Türkei nicht beiseite stehen. Es muß die Kampagne der Kurden für Muttersprache stützen. Sie fordert ein elementares Recht der Menschen.

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod-Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)